

DIESE GRÜNEN!

Ganztagschulen

■ Mittagsverpflegung gesichert

Nachdem drei Monate lang in der Wuppertaler Öffentlichkeit über die Mittagsverpflegung für Kinder finanzschwacher Eltern diskutiert und teils heftig gestritten wurde, hat die Politik in der letzten Ratssitzung endlich eine gemeinsame Lösung gefunden.

Zusammen mit SPD und WfW wurde auf GRÜNE Initiative hin ein fraktionsübergreifender Antrag eingebracht, der die Kosten für die Befreiung in diesem Jahr aus Spenden gewährleisten soll. Aus diesem Grund wurde ein Förderverein gegründet, in dessen Beirat die GRÜNEN und alle anderen Fraktionen vertreten sind und der neben den Spenden der Stadtparkasse (50.000 €) und der BV Elberfeld (20.000 €) noch weitere Mittel einwerben soll. Ab dem 01.01.2006 werden die fehlenden finanziellen Mittel für die Befreiung zusätzlich von der Stadt bereitgestellt. Der gemeinsame Antrag fand dann auch die Unterstützung aller Fraktionen, ausgenommen der PDS.

Mit dieser Entscheidung konnte eine langwierige Diskussion beendet werden, die insbesondere von Seiten der Verwaltungsspitze immer wieder mit dem Verweis geführt wurde, der öffentliche Haushalt gäbe keine zusätzlichen Mittel für die Mittagsverpflegung her.

So sah der ursprüngliche Verwaltungsentwurf vor, die vollständige Kostenbefreiung, die bisher durch den Wuppertal-Pass gewährleistet wurde, aufzuheben und zukünftig lediglich einen Zuschuss in Höhe von anfänglich einem Euro (für das Schuljahr 2005/06), bis 70 Cent (im Schuljahr 2007/08) zu gewähren. Dies war nach Auffassung der Verwaltung nötig geworden, da durch die von uns GRÜNEN auf Landesebene forcierte Ein-



Ziel erreicht: alle Kinder an Ganztagschulen erhalten ein warmes Mittagessen

führung der Offenen Ganztagsgrundschule (OGGS) und die Erhöhung der Zahl der EmpfängerInnen des Wuppertal-Passes im Rahmen der Reform des Arbeitslosengeldes die Kosten für die Befreiung das bisherige Maß überschritten werde.

Bei der ersten Vorstellung dieser Vorlage im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie am 17.02.2005 stimmten nur Bündnis 90/DIE GRÜNEN dagegen. Erst im folgenden Verlauf gelangten auch andere Fraktionen zu der Einsicht, dass das Wohl der Kinder an städtischen Schulen in Wuppertal nicht abhängig sein dürfe vom Einkommen der Eltern. Kinder sind in diesem Kontext leider viel zu häufig betroffen von

Entscheidungen, die sie selbst nicht beeinflussen können. So sieht das neue Arbeitslosengeld II zwar finanzielle Ausgleichszahlungen für die Ernährung von Kindern vor, aber leider sind diese allzu oft nicht diejenigen, bei denen die Mittel ankommen. Der Antrag berücksichtigt ebenfalls, dass die Stadt Wuppertal aufgrund der Haushaltssperre keine zusätzlichen freiwilligen Ausgaben tätigen darf. Das Land NRW wird aufgefordert, für das Schuljahr 2006/07 die Rechtslage dahingehend zu ändern, dass die Unterstützung bedürftiger Schülerinnen und Schüler in städtischen Ganztagschulen Pflichtaufgabe der Schulträger wird. Bislang ist die Gegenfinanzierung daran

gebunden, dass weitere freiwillige Leistungen gekürzt oder gestrichen werden müssen, um die Finanzierung der Befreiung zu gewährleisten. Die beeindruckende öffentliche Unterstützung, die unsere Initiative im Vorfeld der Abstimmung im Rat erfahren hat, stellt ein wirklich herausragendes Zeugnis des BürgerInnenengagements in unserer Stadt dar. Insbesondere die Spendenbereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger lässt hoffen, dass zukünftig beide Ziele erreicht werden können: schulische und außerschulische Angebote, die für jede und jeden offen stehen und eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, die späteren Generationen noch Handlungsspielraum übrig lässt.



Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser, hoffentlich haben Sie sich in den Sommerferien gut erholt und können sich nun mit regenerierter Energie und offenen Augen und Ohren wieder in den Alltag begeben.

Wir präsentieren Ihnen in der altbekannten Hochform, aber im neuen Gewand unsere Fraktionszeitung, die Sie wie immer über die wichtigsten Ereignisse aus kommunalpolitischer Sicht informiert. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung zum neuen Layout, als Anreiz für Kommentare haben wir uns ein Gewinnspiel für Sie ausgedacht. Machen Sie mit!

Natürlich spielt auch die Bundestagswahl in dieser Ausgabe eine Rolle: der bündnisgrüne Kreisverband macht Ihnen die Entscheidung einfach und erläutert auf zwei Seiten, dass sich die Stimmabgabe für Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit alternativlos guter Politik auszahlt. Wählen Sie GRÜN!

Ihr Redaktionsteam

Schulbezirke erhalten

■ CDU/FDP wollen organisatorisches Chaos

Während SchulpolitikerInnen in Wuppertal seit Jahren im Rahmen des Grundschulentwicklungsplanes (GEP) über die Neuordnung der Schulbezirke diskutieren, plant die neue schwarz-gelbe Landesregierung die Abschaffung der Schulbezirksgrenzen in Nordrhein-Westfalen, um dem Wettbewerb und Konkurrenzdruck auch im Grundschulbereich Einzug zu gewähren.

Was aber soll mit der Neuordnung der Schulbezirke hier in Wuppertal eigentlich erreicht werden? Durch die Umorganisation sollen Schulen, die ohne diesen Eingriff nicht mehr überlebensfähig wären, gestärkt werden. Weiterhin garantiert sie Schu-

len, die aus geografischen, sozialen oder anderen Gründen im Nachteil sind, den Bestand, indem Schulbezirke so verändert werden, dass mindestens eine Zweizügigkeit gewährleistet werden kann. Beispiele hierfür sind die Grundschulen Kruppstrasse und Hammesberger Weg. Diese Schulen werden zukünftig gestärkt, wohingegen andere Schulen, wie die Birkenhöhe, die als Offene Ganztagsgrundschule demnächst zusätzliche Kapazitäten benötigt oder auch die Schule Meyerstrasse, die andernfalls auf die Vierzügigkeit zuginge, entlastet werden können.

Die Grundschulentwicklungsplanung kann also nicht auf das Instrument der Schulbezirke verzichten. Eine Abschaffung der Schulbezirke

im Grundschulbereich - wie von CDU und FDP geplant - würde die Kommunen als Schulträger in ein organisatorisches Chaos stürzen. Denn dann gäbe es kein Instrument mehr, die Schülerströme den vorhandenen Kapazitäten anzupassen.

Wer bereits in der Primarstufe mit Konkurrenzdruck und Wettbewerb beginnen möchte, verdrängt ein verantwortungsvolle und kindgerechte Pädagogik zugunsten einer frühzeitigen ökonomischen Fixierung von Schülerinnen und Schülern. Auch stellt der Standort der Schule einen enormen Vor- oder Nachteil dar. SchülerInnen können den Schulstandort wechseln, Schulen nicht. Aber nur dann, wenn für alle die gleiche Ausgangssituation herrscht, kann

der Wettbewerb seine positiven Wirkungen entfalten. Dort, wo von vornherein Ungleichheiten impliziert sind, führt er einerseits zu einem Nachfrageüberhang und andererseits zur Ghettoisierung und Vernachlässigung von Schulen an sozialen Brennpunkten. Ist das der optimale Schulstart für Sechsjährige? Ist es wirklich erstrebenswert, die Bedingungen, unter denen unsere Kinder zu Beginn ihrer schulischen Laufbahn beginnen, dem freien Markt zu überlassen? Wir GRÜNE werden uns für sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene für die Erhaltung der Schulbezirke einsetzen, damit ein entscheidendes Instrument der Grundschulentwicklungsplanung nicht leichtsinnig aus den Händen gegeben wird.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Verkehrswende

Seite 2
Schwarze Zeiten für NRW

Seite 3/4
Bundestagswahl

Seite 5
Fuhlrott-Museum

Seite 5
Faire Kredite gegen Armut

Fit für die WM 2006?!

DIESE GRÜNEN verlosen 1 fair gehandelten Fußball im Wert von je 58,95 € sowie 5 Gepa-Einkaufsgutscheine im Wert von je 25 Euro.



Foto: gepa

Gewinnen Sie mit Ihrer Meinung!

Schreiben Sie uns, wie Ihnen unsere Zeitung DIESE GRÜNEN gefällt. Welcher Artikel hat Ihnen besonders gefallen, welches Thema sollen wir in der nächsten Ausgabe aufgreifen, wie finden Sie unser neues Layout? Oder schreiben Sie uns, was Ihnen nicht so gut gefällt. Eine Auswahl Ihrer LeserInnenbriefe veröffentlichen wir in unserer nächsten Ausgabe.

Egal, ob positive oder negative Kritik, alle Einsenderinnen und Einsender nehmen an der Verlosung teil. Eine Auszahlung der Gewinne ist leider nicht möglich. Einsendeschluss ist der 30.10.2005. Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt und erklären sich mit der Veröffentlichung ihres Namens einverstanden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Ratsfraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Fax 02 02 / 59 64 88
fraktion@gruene-wuppertal.de

Fairer Handel macht fit

Fußball WM bietet nachhaltige Chancen

Die GRÜNEN wollen die Kriterien des fairen Handels stärker in das Beschaffungswesen der Stadt integrieren und beantragen, bei der städtischen Materialbeschaffung Produkten aus fairem Handel den Vorzug zu geben, die Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeitnehmerInnen berücksichtigen und Kinderarbeit ausschließen. Damit unterstützen wir auch die Initiative der Wuppertaler Weltläden, die mit einer Liste von 1.800 Unterschriften den Oberbürgermeister aufforderten, sich für den Fairen Handel einzusetzen. Die Stadt soll sich an der Kampagne fair play : fair life beteiligen. Diese nimmt die Fußball WM 2006 zum Anlass, den fairen Handel speziell im Bereich der Sportartikel zu stärken. So setzen sich die GRÜNEN dafür ein, für den Schulsport nur noch fair gehandelte Bälle zu beschaffen. Im September wird im Rat der Stadt Wuppertal entschieden, ob sich eine politische Mehrheit der GRÜNEN Initiative anschließt.

Gastkommentar:

■ Schwarze Zeiten für NRW

Nach den ersten Hochrechnungen am 22. Mai war schnell klar: Es reicht nicht mehr für die Fortführung der rot-grünen Koalition in NRW. Nach 39 Jahren SPD-Führung und 10 Jahren GRÜNER Regierungsbeteiligung wird das bevölkerungsreichste Land in der BRD von einer schwarz-gelben Mehrheit regiert.

Diese historische Niederlage der SPD wurde schnell durch den Vorschlag und die Ankündigung von Neuwahlen auf Bundesebene übertönt. Doch gerade weil es am 18. September darum gehen wird, ob Rot-Grün in Deutschland die Reformen fortführen kann oder ob Schwarz-Gelb auch im Bund regiert, muss genau hingeschaut werden, was CDU und FDP in

NRW planen.

Schon der Wahlkampf zeichnete sich vor allem durch einfache Botschaften und Lösungen aus. Rüttgers formulierte sein Programm auch gerne in einem Satz: „Wir machen erst mal Wachstum!“. Bis heute ist es die Antwort des Ministerpräsidenten auf die wichtigste Frage der Gegenwart und Zukunft. Arbeitslosigkeit will Schwarz-Gelb mit Wachstum begegnen. Doch schon dieser eine Satz wirft mindestens zwei Fragen auf: Schafft Wachstum in einfacher Konsequenz Arbeitsplätze? Wenn ja, wie will CDU und FDP Wachstum schaffen? Die programmatische Unterfütterung fehlte im Wahlkampf und fehlt bis heute. Meinten die geneigten WählerInnen die Antwort in der ersten Regierungserklärung zu erhalten, so müssen sie

sich auch hier mit großen Worten begnügen. Die Regierungserklärung ist ein mit viel Pathos geschriebenes und vorgetragenes Glaubensbekenntnis eines Konservativen. Auch der Hinweis, dass Keynes überholt sei, kann dabei nicht als wirtschaftspolitisch großer Wurf aufgefasst werden. Das zweite Thema, welches die Menschen in NRW im Wahlkampf und danach bewegt, ist und war die Bildungspolitik. Hier ließen schon die Ankündigungen im Wahlkampf Schlimmes befürchten. Die Einführung von Studiengebühren, die Aufhebung der Einzugsbezirke der Grundschulen werden neben der Einführung von Kopfnoten soziale Auslese im Bildungswesen manifestieren. Das dreigliedrige Schulsystem wird ein Übriges dazu beitragen. Dabei

hat PISA eindeutig gezeigt, dass gerade dieses System weder in der Spitze noch in der Breite leistungsfähig ist.

Wenn überhaupt positive Ansätze zu vermerken sind, so sind dies lediglich die Rückführung der Steinkohlesubventionen sowie die Einführung der Zweitstimme für die Landtagswahlen. Aber auch dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass CDU und FDP programmatisch keine Antworten auf die drängenden Fragen unserer Gesellschaft haben und somit keine Alternative zu den rot-grünen Reformen bieten, weder im Land noch auf Bundesebene.

Aline Wenderoth, Sprecherin des Kreisverbandes Bündnis 90/DIE GRÜNEN Wuppertal

Zeit für eine ökologische Verkehrswende!

■ Wieviel Feinstaub wird noch aufgewirbelt?

Die Feinstaubbelastung in Wuppertal ist so hoch, dass dringend Maßnahmen ergriffen werden müssen. Der Aktionsplan zur Verbesserung der Luftqualität, den die Stadt erarbeitet hat, ist allerdings nur ein erster Schritt, um die Grenzwerte kurzfristig einzuhalten.

Langfristig muss mehr unternommen werden. Wir brauchen eine Stadt der kurzen Wege, in der ein Aufenthalt im Freien wieder Spaß macht und nicht gesundheitsschädlich ist. Gleichzeitig kann Wuppertal mit einem Maßnahmenkatalog für bessere Luft seinen Wohnwert, seine Lebensqualität und damit auch sein Image verbessern.

Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat daher einen 10-Punkte-Plan für eine ökologische Verkehrs-

wende erarbeitet. Darin fordern GRÜNE weitreichende Maßnahmen. Um die Bedingungen für FußgängerInnen in der Stadt zu verbessern, sollen z.B. passende Ampelschaltungen, barrierefreie Überwege und mehr verkehrsberuhigte Bereiche geschaffen werden. Auch für RadfahrerInnen sollen Verbesserungen geschaffen werden; der durchgehende Radweg entlang der Talasche muss endlich realisiert werden. Beim Umbau von Straßen können kostenneutral direkt Radstreifen angelegt werden. Wichtig ist auch eine Optimierung des Angebotes bei Bussen und Bahnen. Schon seit geraumer Zeit steigt der Anteil der Fahrgäste im ÖPNV kontinuierlich. Daran wollen wir anknüpfen, z.B. mit mehr Vorrangschaltungen an Ampeln für Busse. Die Verlängerung der RegioBahn (S28) nach Vohwinkel und der langfristige Ausbau der Rhei-

nischen Strecke sind optimale Möglichkeiten, um Wuppertals Straßen zu entlasten und mehr Menschen zum Umstieg auf Bus und Bahn zu bewegen. Eine weiterer GRÜNER Vorschlag ist die Aktualisierung eines Citylogistik-Konzeptes, um Lieferverkehr sinnvoll zu bündeln und unnötige Fahrten zu vermeiden. Zur Verbesserung der Luftqualität müssen die Busse der Wuppertaler Stadtwerke und städtische Fahrzeuge mit Rußpartikelfiltern ausgestattet werden. In Wohngebieten soll außerdem geprüft werden, welche weiteren Straßen in Tempo 30-Zonen aufgenommen werden können. Die GRÜNEN Ideen liegen auf dem Tisch. Die Umsetzung dieser Maßnahmen steht noch aus. Den ausführlichen Antrag finden Sie auch auf der homepage der Stadt (www.wuppertal.de) mit der Drucksachen-Nr. VO/0681/05.

Die **GRÜNE Ratsfraktion** veranstaltet zu diesem Thema eine Podiumsdiskussion und lädt alle Interessierten herzlich ein, am **Donnerstag, 08.09.2005 um 19 Uhr** ins Foyer des Pfarrzentrums St. Antonius, Bernhard-Letterhaus-Str. 10 (Nähe Alter Markt) zu kommen und sich über die Feinstaubproblematik zu informieren.

Auf dem Podium sind vertreten:

Dr. Werner Reh, BUND, Verkehrsreferent
Johannes Rimmel, MdL, Landtagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Harald Bayer, Umweltdezernent der Stadt Wuppertal
Dr. Peter Hoffmann, Wuppertaler Stadtwerke AG
Stv. Anja Liebert, Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Stv. Bettina Brücher, Moderation

Woche der Mobilität

■ Machen Sie mit!

Vom 16. – 22. September können Sie aktiv werden und neue Wege beschreiten. Der Rat der Stadt hat beschlossen, sich dem Aufruf des Klimabündnisses zum europäischen Aktionstag „In die Stadt - ohne mein Auto“ sowie der europäischen Woche der Mobilität mit dem Schwerpunkt „Clever mobil und fit zur Arbeit“ anzuschließen.

Gerade in Zeiten steigender Ölpreise und höherer Verkehrsbelastungen können Sie neue Ideen für sparsames ökologisches Pendeln, mehr Sicherheit im Straßenverkehr und verbesserte Mobilität kennenlernen. Ein Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel bedeutet weniger Stau, bessere Luft, weniger Lärm und eine gesündere Umwelt für alle BürgerInnen. Heute werden schließlich rund 40% der CO₂-Emissionen des Verkehrssektors durch den Individualverkehr in Städten verursacht. Auch für mehr Sicherheit, insbesondere sichere Straßen für Kinder, gibt es Aktionen. Spannendes Material für Schulen kann direkt eingesetzt wer-



Garantiert emissionsfrei und auch noch sportlich: Radfahren

den. Die Aktionswoche ist daher eine gute Gelegenheit, um sich über nachhaltige Verkehrskonzepte zu informieren und über realisierte oder geplante Maßnahmen, z.B. zur Verminderung der Feinstaub- oder Lärmbelastung, zu diskutieren und PendlerInnen zu ermuntern, Fahrrad zu fahren, zu Fuß zu gehen, Fahrgemeinschaften zu bilden sowie Bus & Bahn zu nutzen. Auch in Hinblick auf die immer weiter steigenden Benzinpreise lohnt sich ein Umstieg finanziell.

GRÜNE sind dabei und hoffen, dass sich zahlreiche Vereine, Verbände beteiligen und Werbung für ÖPNV, Fuß und Rad machen. Schließlich hat Wuppertal schon oft gezeigt, dass autofreie Tage, z.B. mit dem Langen Tisch, dem Bleicherfest oder dem Vohwinkeltag mit Flohmarkt von Ost nach West attraktive Veranstaltungen bieten, bei denen auch auswärtige BesucherInnen gern mit Bus, Bahn und Schwebbahn anreisen, um gemeinsam mit uns WuppertalerInnen zu feiern.

Machen Sie mit und werden Sie aktiv für ein besseres Klima in der Stadt.

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 563. 6204 Fax: 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr,
Bettina Brücher, Anja Liebert,
Klaus Lüdemann, Paul Yves Ramette,
Ilona Schäfer, Marc Schulz

Gastkommentar:
Aline Wenderoth, Sprecherin des Kreisverbandes Bündnis 90/DIE GRÜNEN Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz, Gestaltung und Druck:
Rotwild Design GmbH,
Simonsstraße 80, 42117 Wuppertal

Auflage: 55.500

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret, Wiesenstraße; ASIA, Berg, Universität; BUND, Luisenstraße 108; Cinetal, Berliner Straße; Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Haus der Jugend, Geschwister-Scholl-Platz; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Lebensbaum, Sophienstraße; Paff, Steinweg 55

Die Abgabe ist kostenlos!

Liebe Leserin, lieber Leser,

Am 18. September haben Sie die Wahl. Sie, die Wählerinnen und Wähler, entscheiden über die Richtung, die unser Land nehmen soll. Wir GRÜNEN kämpfen dafür, dass unsere Politik der ökologischen und sozialen Modernisierung konsequent fortgesetzt wird.

GRÜNE Konzepte für Arbeit mit Zukunft

Arbeitsplätze entstehen durch Innovation. Wir wollen deshalb Wissenschaft und Forschung besonders fördern und Bürokratie, die dem Neuen entgegensteht, abbauen. Der Erfolg der Erneuerbaren Energien zeigt klar, wie Arbeit mit Zukunft entstehen kann. Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze. Wir wollen sie produktiv verbinden und so viele Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen.

Vorfahrt für Kinder

Wir wollen unser Land kinderfreundlicher machen. Das steht im Zentrum grüner Politik. Familie ist für uns da, wo Kinder sind: bei leiblichen Eltern, in Ehen, bei Alleinerziehenden, bei Adoptiv- oder Pflegeeltern. Wir wollen, dass Kinder gleiche Chancen haben – unabhängig von Bildungsstand und Einkommen der Eltern. Wir wollen jedes Kind bestmöglich fördern, mit all seinen Talenten und Interessen.

Gemeinsam gegen Gen-Food

Verbraucherschutz ist GRÜN! Wir wollen den Verbraucherschutz weiter ausbauen. Von selbst werden Produkte und Dienstleistungen nicht ökologisch und sicherer. Der Markt allein wird es nicht richten. Wir wollen die Unternehmen in die Verantwortung nehmen – und ihnen zeigen, dass sie durch Verbraucherorientierung mehr Umsatz machen.

Soziale Gerechtigkeit

GRÜN lässt keinen fallen! Soziale Gerechtigkeit geht für uns GRÜNE über Verteilungsgerechtigkeit zwischen Arm und Reich hinaus: Gerechtigkeit zwischen Jung und Alt, Frau und Mann und zwischen Nord und Süd gehören auch dazu. Und: Jede und jeder muss an gesellschaftlichen Gütern wie Bildung und Arbeit teilhaben können. Dafür setzen wir uns ein. Daran lassen wir uns messen.

Frauenpolitik ist GRÜN

Wir GRÜNE haben in der Frauenpolitik viel erreicht – und noch eine Menge vor. Der Weg zur tatsächlichen Gleichberechtigung ist noch lang. Wir kämpfen weiter um gleiche Rechte und gleiche Chancen für Frauen und Männer in allen Bereichen. Wir wollen, dass Frauen selbstbewusst ihren Weg gehen können.

Demokratie und Bürgerrechte

Wir kämpfen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Wir fischen nicht am rechten Rand und machen keine Stimmung gegen AussiedlerInnen. Wir GRÜNE wenden uns gegen Rechtspopulismus in jeder Verkleidung – auch in der dunkelroten. Die multikulturelle Gesellschaft stellt uns vor große Herausforderungen. Wir nehmen sie an.

Gerechte Globalisierung

Internationale Gerechtigkeit liegt im deutschen Interesse. Die Welt ist kleiner geworden – und braucht soziale und ökologische Leitplanken. Wir wollen die Globalisierung politisch gestalten: als Weltinnenpolitik. Wir brauchen mehr Geld für Entwicklung und reformierte multilaterale Institutionen. Die Reform der Vereinten Nationen ist besonders wichtig.

Sebastian Sewerin

■ Kandidat für den Wahlkreis 103, Wuppertal I

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

die GRÜNEN sind die Partei der Zukunftsaufgaben: wir stehen für die Verbindung von wirtschaftlicher Erneuerung mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. Bei der Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft helfen einfache, bequeme und kurzfristige Konzepte nicht. Wohlstand und wirtschaftliche Dynamik brauchen Umwelt- und Klimaschutz. Als Direktkandidat für den Bundestag möchte deshalb ich meinen Schwerpunkt auf die Energie- und Umweltpolitik sowie den Verbraucherschutz legen.

GRÜNE Energie- und Umweltpolitik ist kluge Wirtschaftspolitik

Der globale Klimawandel ist Realität. Umwelt- und Klimaschutz sind notwendig, um unsere Lebensgrundlage dauerhaft zu sichern. Um die Folgen des Klimawandels zu begrenzen, müssen wir den Ausstoß von Treibhausgasen deutlich reduzieren: bis 2020 um 40% und bis 2050 um 80%. Wir GRÜNEN sehen deshalb die Gestaltung eines nachhaltigen Energiesystems als eine der zentralen Zukunftsaufgaben an. Klimaschutz und eine Strategie „Weg von Öl und Atom“ stärken auch unsere Volkswirtschaft, weil sie eine enorme Investitions- und Innovationsdynamik auslösen und Arbeit mit Zukunft schaffen. Der Atomausstieg sorgt für milliardenschwere Investitionen im Energiebereich und macht Schluss mit einer extrem riskanten Technologie. Durch den beschleunigten Strukturwandel im Energiebereich werden Zukunftsmärkte für regenerative Energien und effiziente Energienutzung geschaffen.

Seit 1998 ist es der rot-grünen Bundesregierung mithilfe des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gelungen, den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf heute 10% zu steigern. Deutschland ist zum Pionier und größten Exporteur von Zukunftstechnologien wie Wind- und Solarenergieanlagen geworden. Frankreich, Spanien, Portugal, Brasilien, Tschechien und sogar China haben dieses effektive Instrument bereits zum Vorbild für eigene Regelungen gemacht. Wir GRÜNEN wollen diesen Erfolg mit einem Gesetz zur Förderung von Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien fortsetzen und die Förderung der energetischen Gebäudesanierung weiter ausbauen.

Im Jahr 2000 haben wir GRÜNEN erreicht, die Nutzung der Atomkraft in Deutschland im Konsens zu beenden. Wir halten am Atomausstieg fest und wollen, dass bis 2020 alle Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz sind. CDU/CSU und FDP wollen den Ausstieg aus der Atomenergie stoppen und die Laufzeiten der Atomkraft-

werke verlängern. Dies würde milliardenschwere Investitionen in den veralteten Kraftwerkspark verhindern und das faktische Monopol der vier großen Energieversorger für lange Zeit zementieren.

Die steigende weltweite Nachfrage nach Erdöl und stagnierende verfügbare Ressourcen führen dazu, dass die Zeit billigen Öls vorbei ist. Wir GRÜNEN wollen mit einer „Strategie weg vom Öl“ die Einsparung von Material und Energie zum Schwerpunkt der Wirtschafts- und Innovationspolitik machen. Eine solche Strategie, die den Material- und Energieeinsatz durch neue Technologien und Managementmethoden verringert, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, indem sie Kosten senken hilft und Zukunftsmärkte früh besetzen kann. Zusätzlich wird die Abhängigkeit von Rohstoffimporten verringert und die Verwundbarkeit durch steigende Preise auf den Rohstoffmärkten vermindert. Die Erfahrungen der Unternehmensberatung Arthur D. Little zeigen, dass sich die Materialkosten in der Regel durch einfache Maßnahmen um bis zu 20% reduzieren lassen. Wir GRÜNEN wollen deshalb ein bundesweites Förderprogramm zur Steigerung der Materialeffizienz einrichten und ein Instrument zur Förderung der Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen anstelle von Erdöl (z.B. bei Biokraftstoffen) entwickeln.

Besonders in der chemischen, pharmazeutischen und kunststoffproduzierenden Industrie können durch die Nutzung der sogenannten „Weißen Biotechnologie“ Wasser, Energie und Rohstoffe eingespart werden. Bis 2020 heißt unser Ziel „4 x 25 Prozent“: Aus Erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen wollen wir ein Viertel der Stromversorgung, ein Viertel der Wärmenutzung, ein Viertel des Kraftstoffverbrauchs und ein Viertel der heute noch chemisch produzierten Güter herstellen. Für uns GRÜNE ist klar: Wohlstand und wirtschaftliche Dynamik brauchen Umwelt- und Klimaschutz. Umwelt- und Klimaschutzpolitik ist kluge Wirtschaftspolitik.

GRÜNE Verbraucherpolitik: Verbraucherschutz und Verbraucherrechte stärken

Mit der Einrichtung des Verbraucherministeriums haben wir GRÜNE zum ersten Mal den Schutz der VerbraucherInnen ins Zentrum gerückt. Die BSE-Krise hatte zuvor das Versagen der herkömmlichen Landwirtschaftspolitik offensichtlich gemacht. Heute ist die gesamte Kette der Lebensmittelproduktion vom Acker bis zum Teller unter einem Dach vereint. Verbraucherschutz endet für uns GRÜNE aber nicht bei Lebensmitteln,



sondern bedeutet auch Kennzeichnungspflicht für allergieauslösende Stoffe, Schutz vor schadstoffbelastetem Kinderspielzeug, Schutz vor unseriösen Kredit- und Versicherungsgeschäften und vor teuren 0190er-Telefonnummern. In diesen Bereichen haben wir in den vergangenen Jahren vieles erreicht.

Im Weltbild von CDU/CSU und FDP dagegen haben Verbraucherschutz und Verbraucherinteressen keinen Platz, sie wollen im Falle eines Wahlsieges das Verbraucherministerium zerschlagen. Wir GRÜNEN wollen den Verbraucherschutz durch ein Verbraucherinformationsgesetz weiter stärken. Wir wollen die in vielen Behörden bereits vorhandenen Informationen über Produkte – Schadstoffbelastungen auch unterhalb von Grenzwerten, gentechnisch veränderte Lebensmittelprodukte, Verstöße gegen Kennzeichnungspflichten – für die VerbraucherInnen zugänglich machen. Wir wollen, dass Behörden das Recht erhalten, die VerbraucherInnen über relevante Vorkommnisse unter Nennung des Produktes und des Herstellers zu unterrichten.

Bereits im Mai 2002 hat Rot-Grün ein solches Verbraucherinformationsgesetz im Bundestag verabschiedet, die Schwarz-Gelbe Mehrheit im Bundesrat blockiert es aber seitdem, so dass wir nur in Teilbereichen unsere Vorstellungen umsetzen konnten. Auch die SPD trägt inzwischen einen umfassenden Informationsanspruch der VerbraucherInnen gegenüber Unternehmen nicht mehr mit, ebenso wie sie sich nicht eindeutig gegen Gentechnik in der Landwirtschaft ausspricht.

Nur wir GRÜNEN machen uns umfassend für Verbraucherschutz und Verbraucherrechte stark, die anderen Parteien kommen über Lippenbekanntnisse nicht hinaus.

Die wichtigen Zukunftsaufgaben sind bei Schwarz-Gelb oder einer Großen Koalition schlecht aufgehoben. Geben Sie Ihre Stimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!

Ihr Sebastian Sewerin

GRÜNE Termine

WIR LADEN EIN:

Do, 08.09., 19:00-21:00 Uhr,

„2. GRÜNER Salon“ mit dem stellvertretenden Bundestagsfraktionsprecher Reinhard Loske, MdB und der Bundestagskandidatin Martina Zsack-Möllmann zum Thema „Wie ist der weltweit wachsende Energiebedarf angesichts endlicher Ressourcen zukunftsfähig zu sichern?“

Salon 122, Neuenhofer Str. 122, Solingen-Höhscheid

So, 11.09., 10:30-13:00 Uhr,

Wahl-Matinee mit der Bundesvorsitzenden Claudia Roth, MdB und dem Bundestagskandidaten Sebastian Sewerin und der Bundestagskandidatin Martina Zsack-Möllmann

Café Rojan, Gathe 6, W.-Elberfeld

Mi, 14.09., 14:00-16:00 Uhr,

Straßenwahlkampf mit der Bundestagsfraktionsprecherin Krista Sager, MdB und dem Bundestagskandidaten Sebastian Sewerin

Werth, Barmer Erklärung (neben H&M), W.-Barmen

So, 18.09., ab 18:00 Uhr,

Wahlparty im Rathaus Barmen, 1. Sitzungssaal

Mehr Informationen finden Sie im Internet:

www.gruene.de

www.sebastian-sewerin.de

www.gruene-kvwuppertal.de

www.gruene-sg.de



Martina Zsack-Möllmann

■ Kandidatin für den Wahlkreis 104, RS-SG-Wuppertal II

Liebe Wählerinnen und Wähler in Cronenberg und Ronsdorf,

am 18.09. entscheiden Sie, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt und ob gesellschaftliche Teilhabe und Verantwortung gerecht verteilt werden. Wir haben viel erreicht: Atomausstieg, Förderung der Erneuerbaren Energien, VerbraucherInnenschutz, Gleichberechtigung und Klimaschutz sind nur einige Reformen, die ohne GRÜN nicht umgesetzt worden wären. Es bleibt aber noch viel zu tun!

GRÜNE Politik steht für:

Ökologie

Wirtschaftliche Entwicklung braucht intelligentes Wachstum - mit Rücksicht auf Mensch und Natur. Nachhaltige Lösungen für die Herstellung von Produkten und Dienstleistungen bei minimalem Einsatz von Rohstoffen und Energien müssen Vorrang bekommen. Wer hier die Nase vorn hat, wird weltweit auch ökonomischen Erfolg haben.

Soziale Gerechtigkeit

Nur durch eine weltweite Mobilisierung gegen ökonomische Ungerechtigkeiten, gegen Herrschafts- und Armutsstrukturen gelingt eine soziale Emanzipation - Maßstab hierfür muss ein sozio-kulturelles Existenzminimum sein. Auch im eigenen Land muss eine individuelle Grundversicherung gewährleistet sein.

Ökonomische Gerechtigkeit

Arbeit entwickelt sich ständig neu, von den Menschen wird eine stei-

gende Bereitschaft zur Flexibilität gefordert. Gleichzeitig signalisiert die Arbeitgeberseite, dass es keine Stabilitäts Garantien mehr gibt. GRÜNE fordern verantwortliches Handeln von beiden Seiten - gemäß ihren tatsächlichen Möglichkeiten.

Zukunft für alle

Grundbedingung hierfür sind beste Bildungschancen für Mädchen und Jungen weltweit. Dafür haben wir das Konzept der Gemeinschaftsschule entwickelt. Gezielte Weiterbildung für Erwerbstätige erhöht zudem die Chancen, neue Ideen zu entwickeln.

Geschlechtergerechtigkeit

Die Auswirkungen der Globalisierung auf die Geschlechter müssen stärker beachtet werden, z.B. durch Initiativen gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution und mehr politische Teilhabe. Wir stehen auch für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft.

Generationengerechtigkeit

Die Verantwortung einer nachhaltigen Politik liegt in der heutigen Erwachsenengeneration. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Enkel für unsere politischen Sünden zahlen. Die Auswirkungen des demographischen Wandels zwingen uns zum Handeln.

GRÜNE stehen für den Dialog mit den Menschen, für Gerechtigkeit und die Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie.



Oft kopiert und nie erreicht: die GRÜNE Frauenpolitik

Die GRÜNEN sind die Partei der Frauenpolitik. Wir haben es geschafft, dass eine Bundesregierung ernsthaft an der Verwirklichung des Gleichstellungsgedankens arbeitet. Seit 1998 sitzen in Regierung und Parlament mehr Frauen als jemals zuvor in der deutschen Geschichte. Dies ist vor allem auf die GRÜNEN zurückzuführen. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen: Wir haben den Schutz vor Gewalt mit dem Gewaltschutzgesetz deutlich verbessert. Für die Elternzeit wurden flexiblere Bedingungen geschaffen, die es immer mehr Vätern möglich machen, diese Zeit zu nutzen. Das Gleichstellungsgesetz legte die Basis für den stetigen Anstieg von Frauen in Führungspositionen. Das Teilzeitgesetz ließ viele den Wunsch nach Verkürzung

ihrer Arbeitszeiten realisieren, um nur einige Erfolge zu nennen. Die Neuorientierung bei einem derart grundlegenden Prinzip wie der Rollenverteilung der Geschlechter trifft aber auch auf Widerstände.

So bleibt uns auch für die Zukunft jede Menge frauenpolitische Arbeit: Die eigenständige Existenzsicherung ist unser Anliegen in allen Politikfeldern. Wir setzen uns weiterhin für eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein. Es ist ökonomisch unsinnig, hochqualifizierten Frauen Hindernisse in ihren beruflichen Werdegang zu legen. Bei den Arbeitsmarktformen wollen wir die Entkoppelung des Hilfebezugs vom Partnereinkommen und ein Recht auf aktive Arbeitsmarktförderung für Berufsrückkehrerinnen. Bei der Familienpolitik setzen wir auf den Ausbau flexibler und qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung. Wir wissen: Familien brauchen eine flächendeckende Infrastruktur und mehr verlässliche Angebote. Sonst besteht die Gefahr, dass eine ausschließlich finanzielle Förderung (wie das konservative Familiengeld) der Chancengleichheit von Frauen am Arbeitsmarkt entgegensteht. Die Union hat eine Kanzlerkandidatin, aber eine rückwärtsgewandte Frauenpolitik. Die Partei, in der wirklich Politik mit und für Frauen gemacht wird, sind wir! Und dafür bitten wir weiter um Ihre Unterstützung.

Ihre Martina Zsack-Möllmann

Eine für Alle!

Die Bürgerversicherung macht Krankenversicherungen fit! CDU-„Kopfprämie“ belastet Familien!

Die Bürgerversicherung ist eine GRÜNE Idee. Seit 2003 steht das Konzept auf unserer politischen Agenda und wir haben es in diesem Zeitraum immer weiter konkretisiert. Die Bürgerversicherung ist das gerechte Modell für die Zukunft einer solidarischen Krankenversicherung. Die Bürgerversicherung bezieht alle BürgerInnen ein und bietet ihnen Zugang zu den Sozialsystemen. Eine Bürgerversicherung ist solidarisch und gerecht, weil sie alle Einkommensarten und -gruppen an der Finanzierung der Sozialsysteme beteiligt.

Momentan werden unsere Sozialsysteme fast ausschließlich durch Einkommen aus abhängiger Beschäftigung und den entsprechenden Arbeitgeberanteilen finanziert. Andere Einkunftsarten (z.B. Miet- und Zins-einkünfte) werden bevorzugt, weil auf diese keine Beiträge für die Sozialsysteme erhoben werden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen dies ändern. So soll die Beitragsbemessungsgrundlage in Zukunft auf alle Einkunftsarten ausgeweitet werden. Nicht die Art, sondern die Höhe des Einkommens soll über den Umfang der Beiträge entscheiden. Damit machen wir die Sozialversicherungen in der Zukunft von der konjunkturellen Situation unabhängiger.

Ergänzend muss der Personenkreis der „Bürgerversicherten“ ausgeweitet werden. Auch BeamtInnen, PolitikerInnen und Selbständige sollen nach und nach in die Bürgerversicherung aufgenommen werden. Für Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist die Bürgerversicherung ein wichtiger Bestandteil einer fairen und sozialen Gesellschaft. Die Beiträge werden gerechter verteilt und der Beitragssatz kann deutlich gesenkt werden. Gleichzeitig sinken die Lohnnebenkosten und kleinere und mittlere Einkommen werden entlastet. Hingegen würden Familien und BezieherInnen niedriger Einkommen nach dem Kopfprämienmodell der CDU/CSU stärker belastet als in der heutigen umlagefinanzierten Krankenversicherung, während Singles entlastet würden. Neben einer Kopfprämie für jeden Erwachsenen von max. 109 EUR soll die Finanzierung der Krankheitskosten von Kindern laut CDU über Steuern erfolgen. Die Mehreinnahmen aus der von der CDU geplanten Mehrwertsteuererhöhung sind aber schon durch die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verplant.

Wie es die CDU auch „schönrechnen“ will: sie kann nicht erklären, woher die fehlenden 16 bis 23 Milliarden EUR in ihrem Modell kommen sollen.

Fazit: Sie können sich am 18. September entscheiden: Gegen die Kopfprämie, die mit der gleichen Belastung für SekretärIn und UnternehmerIn mehr Ungerechtigkeit bringt. Und für eine gerechte und zukunftssichere Bürgerversicherung mit uns!

Mehr Arbeit für Deutschland

■ von Markus Kurth, MdB (sozialpolitischer Sprecher)

Die hohe Massenerwerbslosigkeit ist die wichtigste ungelöste Gerechtigkeitsfrage in unserem Land. Arbeitslosigkeit macht krank, Arbeitslosigkeit macht die Beschäftigten erpressbar und Arbeitslosigkeit macht die Finanzierung des Sozialstaats schwieriger. Daher steht die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit für Bündnis 90/DIE GRÜNEN an erster Stelle.

Es gibt keine einfachen Lösungen auf komplexe Probleme! Wer behauptet, er hätte ein Patentrezept gegen die Massenerwerbslosigkeit, macht nur politisch Stimmung. Wir GRÜNE haben ein Bündel abgestimmter Maßnahmen. Dies reicht von der Begrenzung der Lohnnebenkosten über den Subventionsabbau bis hin zur weltweiten Vermarktung erneuerbarer Energien.

Nur mit einer solchen Maßnahmenvielfalt können wir mittelfristig mehr Arbeitsplätze schaffen.

Die Arbeitsplätze mit Zukunft sind keine Billigjobs! Lohndumping mag kurzfristige Profite bringen, doch langfristig ist Innovationsfähigkeit entscheidend. Daher hat die rot-GRÜNE Regierung die Forschungsausgaben des Bundes jedes Jahr erhöht - seit 1998 von 7,26 Mrd. € auf 9,9 Mrd. € im Jahr 2004! Mit dem Ganztagschulprogramm, der Ausweitung des Bafög, dem Anstoßen des Ausbildungspakts und der Ausbildungsplatzumlage wollen wir weiterhin dafür sorgen, dass



gut ausgebildete Arbeitskräfte die Basis für gesellschaftlichen Wohlstand sind. Und gute Arbeitskräfte haben Anspruch auf eine ordentliche Bezahlung. Deshalb setzen sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN für einen gesetzlichen Mindestlohn ein.

Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sind gut! Deutschland ist für weltweit tätige Unternehmen attraktiv. Qualifizierte Arbeitskräfte, ausgezeichnete Forschungseinrichtungen und wettbewerbsfähige Lohnstückkosten machen Deutschland zum beliebtesten Investitionsstandort in Westeuropa. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage der Unternehmensberatung „Ernst & Young“ unter 700 internationalen Unternehmen vom Mai 2005. Die ökologische Moderni-

sierung schafft Jobs! Unternehmen im Bereich des Umweltschutzes sind zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor geworden. Wer - wie CDU und FDP - die Axt an die ökologische Wende legt, vernichtet Arbeitsplätze! Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 2004 gibt es rund 1,5 Mio. Arbeitsplätze im Umweltbereich. Die größten Chancen bestehen im Bereich erneuerbarer Energien.

Bei einem immer höheren Ölpreis wollen immer mehr Länder Energiespartechnik, Solaranlagen und Windkraftanlagen in Deutschland einkaufen. Öffentlich geförderte Beschäftigung stärken - soziale Wirtschaftsbetriebe weiterentwickeln: Wir wollen auch denjenigen, die ohne Unterstützung keine Chance im ersten Arbeitsmarkt haben, eine reguläre Beschäftigung ermöglichen. Gerade niedrig Qualifizierten und Langzeitarbeitslosen muss mit Mitteln der Arbeitsmarktpolitik geholfen werden.

Deshalb haben wir GRÜNE in NRW das Modell der Sozialen Wirtschaftsbetriebe geschaffen: Unternehmensgründungen werden mit der Förderung langzeitarbeitsloser Menschen verknüpft. Wer Langzeitarbeitslose einstellt, erhält eine langfristige Förderung für einen Teil der Lohnkosten. Im Bereich der Menschen mit Behinderung haben wir dies schon in ähnlicher Form von Werkstätten und Inte-

grationsfirmen verwirklicht.

In Schweden und Dänemark funktionieren Sozialbetriebe gut: Die Transferleistungen wie das ALG II fließen in das Unternehmen, woraus ein Teil der Gehälter gezahlt wird. Die Einnahmen des Sozialbetriebs dienen zur Finanzierung der restlichen Gehaltssumme und - soweit es geht - zur Refinanzierung von Teilen der Transferleistungen. So entstehen dem Staat weniger Kosten und die Betroffenen haben eine existenzsichernde Arbeit. Regelmäßig wird überprüft, ob eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt möglich ist.

Eine in diesem Sinne wirkungsvolle Arbeitsmarktpolitik sollte aus unserer Sicht auf die Strukturen der kommunalen Beschäftigungspolitik zurückgreifen und diese nutzen. Örtliche Beschäftigungsträger, lokale Runde Tische und kommunale Qualifizierungsangebote müssen bei der Umsetzung der Arbeitsmarktformen eine wichtige Rolle spielen.

Als sozialpolitischer Sprecher der GRÜNEN Fraktion bitte ich um Ihre Stimme für Bündnis 90/DIE GRÜNEN - für die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder, den Ausbau einer sozialen Grundversicherung und eine Bürgerversicherung!

Markus Kurth ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags.



Fuhlrott-Museum

Jugend forscht weiter

Es war im Frühjahr diesen Jahres, als die Bayer Healthcare AG ihre weitere Unterstützung als Sponsor des Fuhlrott - Museums versagte. Gleichzeitig kündigte das Unternehmen an, das beliebte Publikumslabor ab dem kommenden Schuljahr nicht mehr fortzuführen, sondern sich ganz auf das Angebot in den eigenen Räumlichkeiten zu konzentrieren.

Viele Interessierte befürchteten nun, mit diesem Schritt sei der Anfang vom Ende des Fuhlrott-Museums besiegelt. Umso erfreulicher war daher die Nachricht, die ein Stück des Sommerlochs füllte: das Publikumslabor im Fuhlrott-Museum wird weiter existieren! Mit der Zusage der Bezirksregierung, eine Lehrkraft mit dem Zeitumfang von 14 Stunden pro Woche zu finanzieren, ist die wichtigste finanzielle Frage zunächst einmal geklärt. Der Förderverein trägt seinen Teil zum Gelingen bei, indem er die Materialkosten übernehmen wird. Die Bereiche, an denen die Schulklassen experimentieren können, werden andere sein als bisher. Die Gentechnik z.B. wird nicht mehr im Vordergrund stehen. Das bedeutet aber voraussichtlich eher eine Erweiterung des Angebots, denn das neue Konzept soll sich an alle SchülerInnen der Sekundarstufen I und II richten, nicht wie bisher



Publikumslabor bleibt, Schulklassen können weiter experimentieren

ausschließlich an Oberstufen-SchülerInnen. Damit eröffnet sich parallel die Möglichkeit, mehr BesucherInnen in die Ausstellung des Fuhlrott-Museums zu locken. Wenn die Stellenausschreibung abgeschlossen ist, soll mit der zukünftigen Lehrkraft die Neukonzeption entwickelt werden. Der Schwerpunkt könnte beispielsweise im Bereich Boden- und Gewässerökologie, aber auch im Bereich Humanbiologie liegen. Entscheidend ist, dass hier ein praxisbetontes Angebot geschaffen wird, das eine optimale Ergänzung zum naturwissenschaftlichen Unterricht an den Schulen darstellt. Eine inhaltliche Abgrenzung

zu dem Angebot der Bayer AG kann dabei durchaus von Vorteil sein. Wir hoffen, dass mit dem fortdauernden Bestand des Publikumslabors ein positives Signal für den Erhalt und die mögliche Neugestaltung des Fuhlrott-Museums gesetzt wurde. Mögen diesem ersten Schritt weitere folgen! Ein Antrag der GRÜNEN Fraktion, mit dem der politische Wille zum Erhalt des Fuhlrott-Museums bekräftigt werden soll, wurde in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause zur Beratung an den Kulturausschuss verwiesen. Wir bemühen uns weiter darum, dass er mit breiter politischer Mehrheit beschlossen wird.

Faire Kredite gegen Armut

2005 ist das UN-Jahr des Mikrokredites

Mikrokredite sind Kleinstkredite, die an arme Menschen, bevorzugt Frauen in Entwicklungsländern, vergeben werden.

UNO-Generalsekretär Kofi Annan würdigte den Beitrag der Kleinstkredite zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen: „Die Mikrofinanzierung hat sich in vielen Ländern als Mittel gegen Armut und Hunger bewährt. Sie kann das Leben der Menschen entscheidend verbessern, besonders das der Ärmsten. Um es ganz klar zu sagen: Mikrofinanzierung ist keine Wohltätigkeit. Sie ist ein Weg, einkommensschwachen Haushalten dieselben Rechte und Dienstleistungen zu geben, die allen anderen auch zur Verfügung stehen. Damit wird anerkannt, dass arme Menschen die Lösung sind, nicht das Problem. Dies ist ein Weg, auf ihre Ideen, Energie und Visionen aufzubauen. Ein Weg, zum Wachstum von Produktivunternehmen und zum Florieren von Gemeinschaften beizutragen.“

Ein guter Anlass für Wuppertal, findet die GRÜNE Ratsfraktion, sich zu beteiligen und hat beantragt, dass die Stadt Mitglied im Westdeutschen Förderkreis von Oikocredit wird, der internationalen Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft, und 1 Cent pro EinwohnerIn, ca. 3.624 €, anlegt.

Erfreulich ist, dass ein Wuppertaler Bürger angekündigt hat, den Anteil der Bevölkerung von Elberfeld in Höhe von 955 € übernehmen zu wollen und diese Summe der Stadt spenden will.

Oikocredit (www.oikocredit.org) vermittelt seit 30 Jahren die Anlagegelder ihrer Mitglieder als faire Kredite an Unternehmen in armen Ländern und verspricht den Anlegern zwei Prozent Dividende – kein hoher, aber ein stabiler Ertrag. Damit würde die Stadt Wuppertal, wie alle Anleger bei Oikocredit, aus Solidarität mit den Ärmsten in der Welt das Kapital mit dem Ziel einsetzen, das Gemeinwohl zu fördern. Wir sind zuversichtlich, dass sich im September eine politische Mehrheit für diese sinnvolle Initiative finden wird, zumal sich Oberbürgermeister Peter Jung der Millenniumserklärung der Weltunion der Kommunen angeschlossen hat.

Vom 14. - 16. September wird in New York das Millenniumsgipfeltreffen der Regierungschefs der UN-Mitgliedsstaaten stattfinden. Die Millenniums-entwicklungsziele, eine Reihe von globalen, zeitgebundenen Zielen zur Bekämpfung der Armut in der Welt, wurden im Jahr 2000 von Staats- und Regierungschefs beschlossen. Für die Erreichung der Ziele suchen die Vereinten Nationen die Unterstützung der Städte.

Dienstleistungsrichtlinie der EU

GRÜNE Initiative im Rat der Stadt

Kaum ein Vorhaben der EU hat in den letzten Jahren für soviel Aufmerksamkeit gesorgt, wie der Entwurf zur Dienstleistungsrichtlinie, die sog. Bolkestein-Richtlinie.

Die Lissabon-Strategie ist der Hintergrund für den Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie. Bis zum Jahr 2010 soll der europäische Raum zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt ausgebaut werden. Dabei spielt der Dienstleistungssektor eine große Rolle für die Wirtschaftskraft der EU. Dass sich in diesem Bereich der Wirtschaft ca. 70 % der EU-Wirtschaftskraft und fast soviel Arbeitsplätze verborgen, wissen nur die Wenigsten. Im Bereich des Handels mit Dienstleistungen erwartet die EU noch erhebliche Wachstumsimpulse.

Hauptstreitpunkt und inhaltlicher Kern der Richtlinie ist das sogenannte Herkunftslandprinzip. Ein Unternehmen in der EU, das eine Dienstleistung erbringt, nimmt für seine vorübergehenden Dienstleistungen in einem anderen Mitgliedstaat der EU sein Heimatrecht mit. Das würde zum Beispiel bedeuten, dass unsere heimischen Ämter für Gesundheit, Gewerbekontrolle, Umwelt, Wirtschaftsverwaltung und auch das Ordnungsamt nicht mehr nach hiesigen Richtlinien und Gesetzen kontrollieren könnten, nur noch das Recht des Herkunftslandes wäre anwendbar.

Da aber zum jetzigen Zeitpunkt bei 25 Mitgliedstaaten die Unterschiede in den Bereichen Sozial-, Lohn-, Verbraucher- und Umweltstandards noch zum Teil sehr weit auseinander liegen, sind die Konflikte schon vor-

programmiert. Der Wettbewerbsvorteil für Firmen aus Ländern, die ein laxes Vorgehen bei der Kontrolle von Umweltstandards und Verbrauchergesetzen gewohnt sind, bis hin zu schwacher sozialer Sicherung für die Beschäftigten, wäre immens.

Alternativen sehen wir GRÜNEN im Gastlandprinzip und der Harmonisierung. Beim europaweiten freien Dienstleistungsverkehr sollte grundsätzlich das Gastlandprinzip gelten, nach dem ein Unternehmen immer den Vorschriften des Gastlandes unterliegt, in dem es seine Dienstleistung anbietet. Das Herkunftslandprinzip darf nur in den Bereichen Anwendung finden, in denen eine volle Harmonisierung hinsichtlich des Zugangs zu einer Dienstleistung und der Ausübung derselben bereits realisiert wurde.

Einer von uns eingebrachten Resolution stimmte der Rat der Stadt Wuppertal zu. Wir haben übereinstimmend das Europäische Parlament und insbesondere die deutschen Abgeordneten aufgefordert, die Dienstleistungsrichtlinie dahingehend zu überarbeiten, dass die kommunale Daseinsvorsorge ausgenommen wird und die flächendeckende Versorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge insbesondere in kulturellen und gesundheitlichen Bereichen auch künftig sichergestellt ist.

Wichtig ist der GRÜNEN Ratsfraktion, mit der Resolution deutlich zu machen, dass wir uns entschieden dagegen wehren, unter der Flagge der Beseitigung von Wettbewerbshemmnissen erhebliche Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung hinzunehmen.

Der Staubenthaler Park in Ronsdorf

GRÜNE vor Ort

Die aktuellen Planungen veranlassen die GRÜNE Ratsfraktion, sich vor Ort am Staubenthaler Park ein Bild von dem Gelände und dem Gebäude des Dialysezentrums zu machen. Der Betreiber des Dialysezentrums will sich mittelfristig einen neuen, geeigneteren Standort suchen.

Nach Information der GRÜNEN gab es im Vorfeld einen Investor, der auf der Wiese des Parks einen Discoun-ter bauen wollte. Mit Hilfe des massiven Einspruchs der Bezirksvertretung Ronsdorf werden diese Pläne nicht mehr verfolgt; damit wäre die Zerstörung dieser idyllischen, stadtbildprägenden Anlage vom Tisch. In der aktuellen Diskussion ist nun, ob das städtische Gebäude des Dialyse-

zentrums und Teile des Parks für eine Wohnbebauung weichen sollen. Für die GRÜNE Ratsfraktion ist klar:

Der Staubenthaler Park muss erhalten bleiben und in den Geltungsbereich des Landschaftsplanes Gelpe eingegliedert werden. Der Bestand an wunderschönen alten Bäumen, teilweise Naturdenkmale, muss gesichert werden. Wünschenswert wäre die Sanierung des Gebäudes und eine sinnvolle neue Nutzung im sozialen oder kulturellen Bereich. Für die Sanierung des Gebäudes fehlt der Stadt aber das Geld. Ob sich ein Investor finden lässt, der das Gebäude saniert und einer neuen Nutzung zuführt, bleibt abzuwarten.

Die Pläne, das Gebäude abzureißen

und hochwertige Stadthäuser auf dieses Grundstück und auf Teile des Parks zu bauen, sehen die GRÜNEN nur als zweitbeste Lösung.

Zwar würden hierfür nur kleine Teile der Parkfläche beansprucht, so dass der Parkcharakter insgesamt erhalten bleibt. Jedoch müsste für das im Zweiten Weltkrieg stark zerstörte Ronsdorf der Erhalt noch vorhandener historischer Gebäude und damit die Bewahrung eines Stückes seiner ursprünglichen Identität im Vordergrund stehen. Gerade das Gebäude des Dialysezentrums war jahrzehntelang als Ronsdorfer Krankenhaus eine zentrale Einrichtung und sollte möglichst nicht der Abrissbirne zum Opfer fallen.



Der Staubenthaler Park muss erhalten bleiben!

Ratschronik 27.06.2005

Bunker Platz der Republik

Der Antrag der GRÜNEN Fraktion, den Bunker abzureißen und den Platz als Spielplatz und Park zu nutzen, wurde zunächst in den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing zur Vorberatung überwiesen.

Versorgungsbericht

Die GRÜNEN beantragten, dass die Verwaltung bis zum Jahresende einen Versorgungsbericht zu den Beamtinnen in Wuppertal vorlegen soll. In Bund und Land gibt es bereits jährlich entsprechende Berichte. Darin wird aufgelistet, wie hoch die Zahlungen für Pensionen sind. Die Analyse der Personalstruktur der Wuppertaler Verwaltung zeigt, dass Wuppertal ebenso wie das Land und der Bund mit einem erheblichen Anstieg der Alterssicherung der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten rechnen müssen. Nur wenn die Summen für Wuppertal bekannt sind, kann die Politik ihrer Verantwortung nachkommen und sie in der langfristigen Haushaltsplanung berücksichtigen. Auch dieser Antrag wurde zur Vorberatung in den Fachausschuss Zentrale Dienste überwiesen.

Zweitwohnungssteuer

Mit den Stimmen der GRÜNEN Fraktion beschloss der Rat die Umsetzung einer Zweitwohnungssteuer, die ab Januar 2006 gültig wird. Angesichts des hohen Schuldenstandes der Stadt (aktuell 1,2 Milliarden Euro) war die Fraktion der Auffassung, dass die Stadt diese Möglichkeit ausnutzen sollte, ihre Finanzsituation zu verbessern. Die Verwaltung geht von jährlichen Einnahmen in Höhe von 300.000 Euro aus der Steuer direkt aus, hinzu kommen die vom Land pro EinwohnerIn gezahlten Schlüsselzuweisungen, die sich nach aktuellen

Schätzungen (bei 500 betroffenen Personen) um 375.000 Euro erhöhen könnten. Dass solche Ratsbeschlüsse keinem der Beteiligten Spaß machen, versteht sich von selber. Deswegen treten wir GRÜNEN dafür ein, dass nach den Bundestagswahlen eine kommunale Finanzreform, die ihren Namen auch verdient, auf den Weg gebracht wird. Die Kommunen müssen aus der Schuldenspirale, die auch die nächsten Generationen massiv treffen werden, herausgebracht werden, ansonsten wird die kommunale Selbstverwaltung zum Erliegen kommen und das kann keiner wollen.

Fuhlrott-Museum

Die Fraktion stellte in der Ratssitzung einen Antrag, der das klare Bekenntnis zum Erhalt des Museums und die schrittweise Umsetzung eines tragfähigen Konzepts forderte. Das Fuhlrott-Museum ist ein Wuppertaler Schatz, den wir endlich in ein besseres Licht rücken müssen. Durch attraktive und moderne Präsentationsformen der einzigartigen Sammlung müssen die naturkundlichen Inhalte den Besucherinnen und Besuchern näher gebracht werden. Auch dieser Antrag wurde nicht beschlossen, sondern in den Kulturausschuss überwiesen.

Haus der Jugend Barmen

Mit sehr großer Mehrheit beschloss der Rat die Neukonzeption und den Umbau des Hauses der Jugend Barmen. Der Name des Projektes weist den Weg: „Zentrum für JungeKunst-Kultur“. Die drei Bereiche Kunsthalle Barmen, Stadtbibliothek und Jugendkultur sollen baulich und konzeptionell besser miteinander verknüpft werden. Interessant im Verlauf der Beratungen war für die GRÜNEN, dass im Haus der Jugend Barmen bereits seit 1998 keine Offene Kinder- und Jugendarbeit mehr stattfindet; die Verwaltung



Haus der Jugend Barmen: neues Konzept für den Umbau beschlossen

ist nun auf der Suche nach einem neuen Standort für die Jugendarbeit in Barmen und will nach eigener Aussage gegen Ende des Jahres 'ein gutes Stück weiter' sein.

Bergische Weiterbildung

Nachdem in den vorbereitenden Gremien viele kritische Fragen der GRÜNEN beantwortet wurden, ist nun klar: entgegen dem ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung wird nun ergebnisoffen und transparent geprüft, in welcher Form eine Kooperation in der Weiterbildung der bergischen Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal erfolgen kann. Mit dieser Zusicherung konnten die GRÜNEN einem entsprechenden Grundsatzbeschluss im Rat der Stadt zustimmen.

Feinstaub. Das Übel an der Wurzel packen!

Der GRÜNEN Fraktion reicht es nicht, zur Bekämpfung von Feinstaub kurzfristig den Verkehr auf hochbelasteten Straßen umzuleiten oder einzuschränken und damit nur zu verlagern. Deshalb stellten die GRÜNEN

einen umfangreiche Antrag, dessen Ziel es ist, den Ausstoß an verkehrsbedingten Emissionen insgesamt zu reduzieren. Über die konkreten Maßnahmen informieren wir Sie auf S. 2.

Europäische Woche der Mobilität

Mit einem Antrag zur Teilnahme an der Europäischen Woche der Mobilität vom 16. - 22. September 2005 hat die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Ratssitzung teilweise Mehrheiten erzielen können. Der Rat der Stadt hat sich zwar dem Aufruf des Klimabündnisses zum Europäischen Aktionstag „in die Stadt ohne mein Auto!“ sowie der „Europäischen Woche der Mobilität“ mehrheitlich angeschlossen, der wichtige Punkt der konkreten Umsetzung wurde allerdings nicht mit beschlossen. Die Stadt darf sich also offiziell nicht daran beteiligen, obwohl dies Ziel der europäischen Initiative ist. Somit sind jetzt die Wuppertaler BürgerInnen, Initiativen, Verbände und die WSW aufgefordert, mit eigenen Ideen Aktionen zum Umstieg vom Auto auf Bus, Bahn, Fahrrad

oder Füße aufmerksam zu machen. Die GRÜNE Fraktion hofft, dass sich jetzt viele BürgerInnen finden werden, die die Sache selbst in die Hand nehmen, um in der Woche vom 16. - 22. September in der Stadt an vielen Stellen zu zeigen, dass Mobilität nicht gleich Auto bedeutet.

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Auf Antrag der GRÜNEN Fraktion wurde im Rat eine Resolution zur geplanten Dienstleistungsrichtlinie der EU mit großer Mehrheit verabschiedet. Mit den GRÜNEN war der Rat der Auffassung, dass der Entwurf der EU-Kommission ein Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung ist. Da die Beratungen auf europäischer Ebene in Kürze beginnen, kann die Wuppertaler Politik durch diesen Beschluss ihrer Kritik an dem geplanten Entwurf Ausdruck verleihen und nun von kommunaler Ebene her Einfluss auf die Gestaltung der Richtlinie nehmen. Insbesondere „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ müssen aus der Richtlinie herausgenommen werden. Hier besteht die Gefahr, dass alle gebührenpflichtigen Dienstleistungen z.B. im Kulturbereich oder im Gesundheits- und Sozialbereich unter das europäische Wettbewerbsrecht fallen. Die Folgen für kommunale Einrichtungen und die Qualität sowie die flächendeckende Versorgung sind kaum absehbar.

Wuppertal-Pass, Mittagessen an Ganztagschulen

Nach monatiger Diskussion beschloss der Rat einen Antrag zur Mittagsverpflegung an städtischen Ganztagschulen. Damit wurde die GRÜNE Position mehrheitsfähig, denn nun erhalten Kinder finanzschwacher Eltern ein kostenloses Mittagessen. Wie die Lösung genau aussieht, erfahren Sie in dem Artikel auf S. 1.

Volkshochschulen im Bergischen

Drum prüfe, wer sich ewig bindet

Im Juni war es endlich soweit: Die städtischen Gremien wurden erstmals über die Kooperationspläne zur Weiterbildung der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal informiert. Immer wieder hatten die GRÜNEN gefordert, die Pläne auf den Tisch zu legen. Was dann zunächst in einer gemeinsamen Sitzung des Gleichstellungsausschuss und des Ausschusses Zentrale Dienste vorgelegt wurde, hat die GRÜNEN nicht zufrieden gestellt.

Einige Vorüberlegungen waren und sind inakzeptabel. Zum Beispiel ist nicht einsichtig, warum die Tatsache, dass Wuppertal doppelt so viel EinwohnerInnen - und somit auch viel mehr KursteilnehmerInnen - mit in die „Ehe“ einbringt, völlig unberücksichtigt bleiben soll. Auch die Tatsache, dass Wuppertal und Solingen an Fördermitteln eine weitaus höhere „Mitgift“ einbringen, fand in der Drucksache keinerlei Beachtung. Und wer nach Plänen zur Qualitätssicherung suchte, suchte vergebens.

Als besonders negativ hervorzuheben ist, dass die Verwaltung ihren Blick schon auf einen Zweckverband fokussiert hatte. Daher haben die GRÜNEN bereits in den o.a. Sitzungen gefordert, das Prüfverfahren „trans-

parent und ergebnisoffen“ durchzuführen. Diese Auffassung teilten auch die nachfolgenden Ausschüsse und die VHS-Konferenz. So wurde im Rat eine entsprechend geänderte Vorlage beschlossen. Darüber hinaus hat die Verwaltung zugesichert, die vorgebrachten Bedenken, sei es im Hinblick auf die Fördergelder oder der Berücksichtigung des Proporztes hinsichtlich Einflussnahme, bei der weiteren Prüfung zu berücksichtigen.

Damit ist das Schiff wieder auf dem richtigen Kurs. Denn wir tragen die Verantwortung für die Weiterbildungsmöglichkeiten aller Wuppertalerinnen und Wuppertaler. Gleichzeitig bietet die Neuausrichtung aber auch die Möglichkeit, die Weiterbildungspolitik noch attraktiver zu gestalten. Diese Chance sollten wir nutzen, um unserem hohen Anspruch an Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gerecht zu werden.

Gut durchdachte Kooperationen im Bergischen Städtedreieck können helfen, Dinge zu schultern, die in Eigenregie nicht oder nur mit sehr großem Aufwand zu bewältigen sind. Aber sie müssen verbindlich und fair sein. Und wie heißt es doch so schön in Schillers Glocke: „Drum prüfe, wer sich ewig bindet...“

Weg mit dem Bunker

Her mit Park und Spielfläche

Gemeinsam mit der Stadtteilkonferenz und der Fraktion in der Bezirksvertretung Elberfeld hat sich die Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den Abriss des Hochbunkers am Platz der Republik ausgesprochen.

Der Eigentümer, das städtische Gebäudemanagement versucht seit Jahren, einen Investor zu finden, der die klotzige Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkrieges zu einem Supermarkt und Wohnungen umbaut. Zu konkreten Ergebnissen hat die Suche nicht geführt. Und bei dem fortschreitenden Schrumpfen der EinwohnerInnenzahlen und 10.000 leerstehenden Wohnungen fragen wir uns: Wer braucht diese Wohnungen am Ostersbaum? Gerade hier stehen genug Wohnungen leer. Bei Errichtung von Wohnungen an dieser Stelle mit einem Bolzplatz und einem Kinderspielplatz nebenan sind Konflikte zwischen den BewohnerInnen und Kindern (Spielplatz) vorprogrammiert. Daher haben wir im Stadtrat beantragt:

1. Der Rat spricht sich für eine Nutzung des Platzes der Republik als Park und Spielplatz (wie vor Bau des Bunkers in der Nazizeit) aus.



Schöne Aussichten: Wenn der Bunker erst mal weg ist...

2. Das Gebäudemanagement wird gebeten, einen Abriss des Bunkers ohne Neubebauung zu planen und einen Kosten- und Finanzierungsplan aufzustellen.

Unser Antrag wurde in den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing im September überwiesen. Mittlerweile scheint sich eine politische Mehrheit für den Abriss des Bunkers und für den Spielplatz und Park abzuzeichnen. Damit die Kosten für den Abriss des Bunkers nicht vollständig von der Stadt alleine getragen werden müssen, hatten die GRÜNEN vorgeschlagen, sich an das Land

im Rahmen des Programms Stadtumbau West für eine Finanzierung in Höhe von 80% zu wenden. Die Neugestaltung ohne Bunker wäre für die BewohnerInnen des Viertels, EigentümerInnen und MieterInnen eine langfristige Attraktivitätssteigerung, was insbesondere diesem Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf gut täte. Und zur Freude der Vermieter würde längerfristig der Leerstand von Wohnungen im Stadtteil verringert. Gerade am Ostersbaum brauchen die Menschen keine weitere Verdichtung mit weiterer Bebauung, sondern neue Freiflächen und mehr Grün.